

Bedarfsgerechte Finanzierungsgrundlagen für soziale Wohnraumförderung



Petra Dirscherl / pixelio.de

Die Landesregierung und die NRWSPD haben in den letzten Jahren vieles beim Thema bezahlbarer Wohnraum bewegt. Seit 2010 verbessert die Landesregierung die Förderbedingungen für mietpreisgebundenen Wohnraum kontinuierlich. Auch das „Bündnis für Wohnen – bezahlbar, generationengerecht, energieeffizient“ und die „Wohnungsbau-Offensive NRW“ stellen konzentrierte Aktionen für mehr und bezahlbaren Wohnraum dar. Förderkonditionen für sozialen Wohnungsbau waren nie attraktiver als heute. 800 Mio. € werden bis 2017 jährlich in den sozialen Wohnungsbau investiert. Und nicht nur die Mietspreisbremse wurde beschlossen, auch das Wohngeld wurde zum 01.01.2016 deutlich angehoben. Und trotzdem wird es für uns alle keine Überraschung sein: Studien belegen den deutlich steigenden Wohnraumbedarf in NRW. Nicht nur durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wird ein zusätzlicher Neubaubedarf von ca. 120.000 Mietwohnungen entstehen, auch durch die allgemeine Bevölkerungsentwicklung wird bis 2020 ein Bedarf von ca. 280.000 Wohnungen erforderlich sein. Deshalb ist eine massive Steigerung der Wohnungsbautätigkeiten über alle Preissegmente erforderlich.

- weiter auf der nächsten Seite -

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

der Frühling hält endlich Einzug und auch in der Plenarwoche gab es hitzige Debatten.

Unter anderem zu Wirtschaft, Wohnungsbau und dem Bundesverkehrswegeplan wurde diskutiert und gestritten.

Und auch Integration und innere Sicherheit spielten wieder einmal eine große Rolle. Ein wichtiges und umfangreiches Maßnahmenpaket wurde beschlossen.

Ein Highlight war diese Woche auf jeden Fall die 111. Plenarsitzung, die die Kölner Abgeordneten dazu nutzten, um alle SPD-Abgeordneten und ihre Mitarbeiter dazu einzuladen, Lisa Steinmanns Geburtstag nachzufeiern. Bei leckerem Essen und bestem Kölsch gab es jede Menge Spaß. Jedoch hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Kölsch-Bestellung bei Düsseldorfer Getränkelieferanten eine echte Herausforderung sein kann!

Wir wünschen Ihnen wie immer viel Spaß beim Lesen.

Für die Abgeordneten,



Aus diesem Grund haben SPD und Grüne am Donnerstag im Plenum den Antrag „soziale Wohnraumförderung braucht bedarfsgerechte Finanzierungsgrundlagen“ eingebracht.

In diesem wird u.a. eine Fortsetzung der positiven Arbeit der Landesregierung für bezahlbaren Wohnraum gefordert.

Durch eine Gemeinschaftsinitiative, die der Antrag fordert, sollen Bund und Land gemeinsam die Finanzierungsgrundlagen für soziale Wohnraumförderung an die gestiegenen Anforderungen anpassen. Die Landesregierung muss daher auf eine zeitnahe Umsetzung der bereits beschlossenen Verdoppelung der Bundesmittel dringen und diese muss den Ländern unmittelbar und zweckgebunden zugeleitet werden. In Gesprächen mit der NRW.Bank soll dafür geworben werden, dass das Fördervolumen auf ein Betrag von mindestens 1,1 Mrd. Euro jährlich komplementiert wird.

Gerade in den Ballungsräumen wie Köln steigt der Bedarf stetig und das Leben im Veedel nimmt an Bedeutung zu. Wohnen ist ein Grundrecht, so dass wir nicht nur eine quantitative Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum brauchen, sondern auch qualitativ ansprechende Wohnsituationen. Wohnungspolitik ist deshalb immer auch ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik.

Weiterlesen:

Rede von Jochen Ott

Weiterlesen:

Rede von Sarah Philipp

Gesetzentwurf zum Lebensmittelkontrollbarometer

Das Ministerium für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz hat einen Gesetzentwurf für die Implementierung der Lebensmittelkontrollbarometer vorgelegt. Diese sollen Kunden durch eine transparente Skala über die letzten drei Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen von Lebensmittelbetrieben (Gaststätten, Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien etc.) informieren.

Bereits in Duisburg und Bielefeld gab es dazu stark genutzte Pilotprojekte, die jedoch wegen einer fehlenden Gesetzesgrundlage eingestellt werden mussten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass das Barometer die ersten 27 Monate freiwillig eingeführt werden kann und danach verpflichtend für alle Betriebe ist. Bei negativen Ergebnissen kann innerhalb von drei Monaten eine Nachkontrolle verlangt werden.

Gerade für Köln als Magnet für zahlreiche Lebensmittelbetriebe wäre das Barometer eine transparente und objektive Möglichkeit für Verbraucher, um herauszufinden, wie Betriebe bei den Kontrollen abgeschnitten haben.

Nachtragshaushalt 2016: Stärkung der Inneren Sicherheit und der Integrationsarbeit

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten unseres Bundeslandes hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bereits in der Sondersitzung des Landtags am 14. Januar 2016 ein fünfzehn Punkte umfassendes Programm der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort vorgelegt.

Die Umsetzung des Maßnahmenpakets erforderte ein Nachtragshaushaltsgesetz 2016, das am Mittwoch (20. April) in zweiter und dritter Lesung im Plenum mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet wurde.

Der insgesamt 47,6 Millionen Euro umfassende Nachtragshaushalt ermöglicht nun die rasche Umsetzung des 15-Punkte-Programms, zu dem insbesondere folgende Maßnahmen zählen:

- Insgesamt 806 zusätzliche Stellen für die Umsetzung des Programms, dabei u.a.
- 300 zusätzliche Stellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften (davon 100 Richter und 100 Staatsanwälte)
- 350 zusätzliche Stellen Tarifbeschäftigte in der Polizei NRW, um Polizeibeamtinnen und –beamte bei Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, davon allein 64 Stellen für die Polizei Köln
- 12,05 Mill. zusätzliche Sachmittel für Ausstattung/Technik/Ausrüstung Polizei

Das nun umsetzbare 15-Punkte-Programm teilt sich in vier Maßnahmenpakete auf:

1. Opferhilfe und konsequente Strafverfolgung. Dazu werden u.a. mehr Mittel zur Gewaltprävention und zum Schutz gewaltbetroffener Frauen in die Hand genommen;
2. Stärkung der inneren Sicherheit;
3. Mehr Ordnung in die Asylverfahren, soweit es die Zuständigkeit NRWs betrifft;
4. Stärkung der Integration vor Ort.

Andreas Kossiski, stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses, zeigte sich insbesondere mit den Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit zufrieden: „Durch diese spürbare Entlastung werden die Polizistinnen und Polizisten verstärkt ihre operativen Aufgaben auf der Straße wahrnehmen können. Dabei soll einerseits die polizeiliche Präsenz und andererseits die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit gestärkt werden, vor allem mit den Schwerpunkten Straßen- und Eigentumskriminalität inklusive Sexualdelikten und Wohnungseinbruchsdiebstahl.“

Andreas Kossiski weiter: „Dass darüber hinaus die Rahmenbedingungen geschaffen wurden, um möglichst schnell 500 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten der Ballungsräume einsetzen zu können, zeigt, dass für die Landesregierung die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in NRW im Vordergrund steht.“

Völliges Unverständnis äußerte Andreas Kossiski zum Abstimmungsverhalten der Opposition. „Dass ausgerechnet diejenigen, die ständig Innenminister Ralf Jäger wegen einer angeblich unzureichenden Politik der Inneren Sicherheit kritisieren, dem schnellen Handeln zur Stärkung der Inneren Sicherheit die Zustimmung verweigerten, ist an Absurdität kaum noch zu überbieten.“

Die ‚verbotene Stadt‘ vor allem kulturell sehenswert – eine inspirierende Kultur-Tour in die Landeshauptstadt

Eine Gruppe kulturinteressierter Frauen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen aus Köln folgte der Einladung von Lisa Steinmann zu einem Ausstellungsbesuch. Als Kölnerin und Mitglied des Ausschusses für Kultur & Medien war es ein besonderes Anliegen, die Kunstsammlungen des Landes in den Focus zu setzen – so war das Ziel die aktuelle Sonderausstellung „Henkel - die Kunstsammlung“ im K 20 am Grabbeplatz.

Düsseldorf, Sitz der Henkel-Firmenzentrale. Gabriele Henkel hat sich nie mit der Rolle der Unternehmergattin begnügt. Sie ist Künstlerin und Kunstsammlerin und machte aus ihrer Leidenschaft ein Lebenswerk. In über 30 Jahren hat sie für den Konzern eine beachtliche Kunstsammlung aufgebaut mit internationalen Arbeiten aus verschiedenen Kulturkreisen und Gattungen, von der Klassischen Moderne über die Abstraktion des 20. Jahrhunderts. 2009 wurde sie dafür mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.

Die Sammlung Gabriele Henkel wird nun zum ersten Mal in einer repräsentativen Auswahl öffentlich in Düsseldorf gezeigt. Gabriele Henkel hat die Ausstellung persönlich kuratiert und aus dem Fundus ihrer weit über 400 Werke mit feinem Gespür eine Auswahl getroffen mit imposanten Werken von Frank Stella, Imi Knoebel bis Günther Uecker – v.a. ein Gerhard Richter aus den 70-er Jahren offenbart den Tiefgang und die frühe Idee des Künstlers für das berühmte Richter-Fenster im Kölner Dom.

Den Damen hat der Ausflug so gut gefallen, dass schnell die Idee für eine Fortsetzung geboren war: die nächste Kultur-Tour wird direkt in den Landtag führen, wo Lisa Steinmann persönlich durch das Hohe Haus und zu der Kunst im Landtag führen wird, mit namhaften Originalen von Mataré bis Immendorff.



Überarbeitetes Lehrerausbildungsgesetz

In der vergangenen Plenarrunde wurde das von Rot-Grün überarbeitete Gesetz zur Lehrerausbildung verabschiedet. Schon ganz am Beginn des Gesetzestextes gibt es eine wichtige politische Neuorientierung! So richtet sich das neue Gesetz jetzt nicht nur am Wohl der Schulen, sondern auch an den gesellschaftlichen Herausforderungen und vor allem am Wohl der Kinder aus. Eine weitere wichtige Änderung setzt am Lehrkräftebild an: Hier wird eine Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit eingeführt, die sich auch auf die Teamkolleginnen und Kollegen, Partnerinnen und Partner außerhalb der Schule und ganz zentral auch auf die Eltern bezieht.

Ein Kernpunkt ist, dass der Umgang mit Inklusion bzw. heterogenen Lerngruppen zu einem festen und verpflichtenden Bestandteil der Lehrerausbildung wird. Wir befähigen alle Lehrkräfte zu einem professionellen Umgang mit einer immer heterogener werdenden Schülerschaft. Der von CDU und FPD heraufbeschworene Konflikt zwischen „Fachlichkeit“ und „Inklusion“ ist eine Fiktion: Wir halten an der soliden fachlichen und pädagogischen Ausbildung für die Lehrkräfte aller Schulstufen und –formen fest. Denn Der Umfang des Studiums in den Fächern wird gegenüber den heutigen Anforderungen und früheren Anforderungen in Staatsexamensstudiengängen nicht reduziert. Damit ist NRW bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bundesweit ganz vorne – wie ja bereits bisher durch Anforderungen an alle Lehramtsstudierende im Bereich Deutsch als Zweitsprache zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit anderen Muttersprachen.

Weitere wichtige Punkte in der Debatte waren die Praxisphasen und die Länge des Vorbereitungsdienstes. Eine ganz praktische Verbesserung: Das 25-tägige Eignungspraktikum muss nun nicht mehr in einem Schuljahr abgeleistet werden. Dies baut eine Hürde für Studierende ab, denn oftmals sind Blockpraktika von fünf Monaten nicht mit den Zeiten von Prüfungsphasen, Semester- und Schulferien zu vereinbaren.

Auch der Vorbereitungsdienst (Referendariat) wird nun eine klare Regelung bekommen. In Zukunft wird der Dienst 18 Monate dauern; dies bringt für alle Beteiligten Klarheit und Sicherheit. Damit der Vorbereitungsdienst von den Fachleitungen gut begleitet werden kann, haben wir insgesamt 320 Stellen zugesetzt.

In der Debatte haben die Übergangsfristen eine große Rolle gespielt.

Mit der Gesetzesnovelle 2009 war der Umstieg auf Bachelor/Master System und damit das Auslaufen der Staatsexamen beschlossen. Seit diesem Zeitpunkt war den Studierenden bekannt, dass ihre Studiengänge 2016/2017 auslaufen werden, von dort aus 14 Semester. Diese Zeit haben wir um zwei zusätzliche Semester verlängert, in enger Kooperation mit den ausbildenden Universitäten.

Als weitere Erleichterung für die Studierenden wurden die vorhandenen Härtefalltatbestände deutlich erweitert. Durch diese Regelung kann die Übergangsfrist insgesamt 10 Semester, also 5 Jahre andauern. Für ein Studium aus 2009 ergäbe sich somit eine Gesamtzeit von 20 Semestern, also zehn Jahren.

- weiter auf der nächsten Seite -

Da aber das Bessere der Feind des Guten ist und, wie schon Willy Brandt sagte, jede Zeit ihre eigenen Herausforderungen hat, haben wir in einem Entschließungsantrag dem Ministerium „Hausaufgaben“ mitgegeben.

Als erstes soll eine Evaluation feststellen, wie die tatsächliche Ausgestaltung der inklusionsbezogenen Anforderungen aussieht und vor allem, wie wirksam sie ist.

Ein weiterer Aspekt sind die Bilingualen Studiengänge: Hier möchten wir an die Hochschulen appellieren, dass sie im Prozess der Internationalisierung bei der Weiterentwicklung ihrer Studienangebote landesweit und verstärkt prüfen, welche Bedarfe und Chancen für spezielle Lehramtsstudiengänge bestehen, die auf den bilingualen Unterricht an den Schulen ausgerichtet sind. Ein solcher Unterricht wird für Eltern und Kinder immer attraktiver – sei es, weil die Eltern unterschiedlichen Nationalitäten angehören, sei es, dass durch berufliche oder persönliche Mobilität eine internationale Ausbildung sinnvoll ist. Oder einfach, weil die Welt zusammen rückt und wir unsere Kinder dafür fit machen wollen.

Und ein weiteres Thema ist uns wichtig: die sogenannte Dritte Phase der Lehrerausbildung. Denn sowohl in den ersten Jahren an der Schule wie auch in den späteren Jahren durch neue Herausforderungen oder Anforderungen wird es immer wieder Anlässe und Notwendigkeiten zur Weiterqualifizierung geben.

Und dafür gibt es bereits eine gute Grundlage: denn Das Lehrerausbildungsgesetz gibt auch für die Fortbildung einschließlich des Berufseingangs (§ 2 Absatz 2 LABG) bestimmte Kompetenzorientierungen vor. Und mit dem wiedereröffneten Fortbildungsinstitut, unserem Qualis, und selbstverständlich mit allen anderen Handelnden in der Praxis haben wir hierfür den notwendigen fachlichen Input. Daher fordern wir die Landesregierung dazu auf, einen differenzierteren Orientierungsrahmen für die Fortbildung zu entwickeln, um für eine dritte Phase der Lehrerbildung erstmalig durch gezielte Fortbildung Standards zu fordern.

Insgesamt also ein Gesetz, dass unsere zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer auf die Schulwirklichkeit und deren Anforderungen vorbereitet. Und das mit dem Ziel, unsere Kinder gut auszubilden und ihre persönliche und soziale Entwicklung zu begleiten und zu unterstützen.



SPD setzt auf Potenzial des Fahrrads

Eine „Große Anfrage“ mit 186 Fragen rund um die Fahrradpolitik in NRW haben die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen an die Landesregierung gestellt. Die ausführliche Antwort von 120 Seiten wurde Mittwoch im Plenum eingebracht.

Sie bestätigt uns darin, dass der Radverkehr immer mehr an Bedeutung gewinnt – der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr ist zwischen 2002 und 2011 bundesweit von 9,5% auf 14,5% gestiegen. Selbstbestimmte Mobilität als kostengünstige Alternative sowie Gesundheitsaspekte sind nur einige der Vorteile. Nicht zu vergessen ist der wirtschaftliche Faktor des Radverkehrs: 4 Milliarden Euro betrug der deutschlandweite Umsatz 2013 mit Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs.

Die umfangreiche Antwort der Landesregierung zeigt, dass sie die Wichtigkeit und das Potenzial des Radverkehrs und die damit verbundenen Handlungsfelder erkannt haben. Beim Thema Radschnellwege sind wir bundesweit Vorreiter – kein anderes Bundesland hat diesen Bereich so umfassend bearbeitet und nach vorne gebracht. Deshalb hat die Landesregierung für Radschnellwege bis 2019 bis zu 5 Milliarden Euro im Haushalt vorgesehen.

In Köln ist der Trend zum Radfahren längst spürbar. Individuellere, flexiblere und oftmals schnellere Mobilität sprechen auch hier für den steigenden Radverkehr. Fahrradverleihsysteme sind auf den Trend aufgesprungen und haben die Leistungsstärke erkannt. Doch auch in Köln bleiben viele Potenziale trotz dieser positiven Entwicklungen ungenutzt. Sichere Radwege und der Ausbau von Rad(schnell)wegen (in Planung ist Köln - Frechen) sind im Hinblick auf die Entwicklung des Radverkehrs nur konsequent und damit ein Muss! Gerade in einer Metropole wie Köln, wo es solch eine Vielzahl von Verkehrsträgern gibt, muss die Prioritätensetzung häufiger zugunsten des Radverkehrs ausfallen. Dafür sprechen auch die häufiger schnellere Realisierung, die Effektivität und dass es meist kostengünstigere Maßnahmen sind.

Weiterlesen:

[Große Anfrage 17](#)

Weiterlesen:

[Antwort Große Anfrage](#)

Weiterlesen:

[Rede Andreas Becker](#)

Debatte über Videoüberwachung, Kurzintervention, Zwischenrufe und wie Abgeordnete sich benehmen:

All das erlebten 42 Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen aus der Johannes-Gutenberg-Realschule Godorf, die auf Ingrid Hacks Einladung mit ihrem Schulleiter Herrn Roske und ihren Lehrerinnen Frau Sauer und Frau Jahn den Landtag besuchten. Ingrid Hack erläuterte die Fragen, welche Wege es gibt, Abgeordnete zu werden, wie hoch ihr Einkommen ist und welche Ausgaben davon zu tätigen sind. Die SchülerInnen interessierten sich auch dafür, wie das Verfahren rund um einen Antrag im Plenum und in den Ausschüssen läuft – im Plenarsaal hatten sie die Diskussion über einen Piraten-Antrag zur Video-Überwachung verfolgen können. „Ich freue mich immer sehr über das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, egal welchen Alters, und über ihre Besuche im Parlament. Es ist ihr Haus, das Haus aller BürgerInnen in NRW! Und wenn junge Menschen hier praktischen „Anschauungsunterricht“ in Sachen Mehrheit und Minderheit, Gewaltenteilung, Alltag von Politikern, Debattenverlauf und einigem mehr bekommen, unterstütze ich das gern“, so Ingrid Hack.

Die Johannes-Gutenberg-Realschule, in deren Nachbarschaft sich mehrere Häuser für geflüchtete Menschen befinden, erhielt mit ihrem Sporthelfer-Projekt 2015 den Ehrenamtspreis der Stadt Köln. Gemeinsam mit dem Grenzenlosen Sportverein e.V. führen SchülerInnen Sportaktivitäten mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen durch, in ihrer Freizeit und ehrenamtlich. Dazu nochmal meine Gratulation!

Weiterlesen:

Johannes-Gutenberg-Realschule

Weiterlesen:

Grenzenloser Sportverein e.V.

Wussten sie schon...?! Von der „Cöln-Mindener Eisenbahn“ zum RRX

Der Rhein-Ruhr-Express (RRX) stellt eines der bedeutendsten Schienenprojekte NRWs dar. 6 Linien werden zukünftig in hohen Taktungen und auf eigenen Gleisen die Metropolen NRWs verbinden. Zwischen Köln und Düsseldorf wird alle 15 Minuten ein RRX verkehren. Durch den neuen Bundesverkehrswegeplan ist der RRX durchfinanziert. Auf der Strecke Düsseldorf - Duisburg konnten wir unsere Forderung nach einem 5. und 6. Gleis jedoch nicht durchsetzen. Laut Bund seien diese nicht nötig, jedoch wird sich das auf die Taktung auswirken: 15 Minuten sind so nicht machbar. Das muss dringend korrigiert werden!

In der *Ausgabe 1/16 der Informationen zur Verkehrspolitik im Rheinland* hat sich *Markus Eßer* u.a. mit der Geschichte des RRX beschäftigt. Wir möchten Sie folgend auf eine kleine Reise mit durch die historische Entwicklung nehmen, die Eßer in seinem Artikel dargestellt hat.

- weiter auf der nächsten Seite -

Wie alles begann

Durch Privatinitiativen aus Handel und Wirtschaft wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Grundlagen für die Errichtungen der heute noch bedeutsamen Schienenhauptstrecken geschaffen. Obwohl der Eisenbahnbau teilweise durch staatliche Vorschriften und politische Rahmenbedingungen massiv behindert wurde, konnten durch Persönlichkeiten wie Camphausen oder Hansemann die ersten Strecken im Rheinland in Betrieb genommen werden. Die meisten Bahngesellschaften waren damals nicht verstaatlicht sondern als Aktiengesellschaften organisiert, worin auch der Grund lag, dass sich die ersten Eisenbahnstrecken insbesondere durch eine hohe Gewinnerzielung und Frequentierung auszeichneten. Auch die im September 1843 gegründete „Ostrheinische Eisenbahngesellschaft“, die kurz darauf als „Cöln-Mindener-Eisenbahngesellschaft“ firmierte, stelle davon keine Ausnahme dar. So wurde das Bergische Land, das durch die topographischen Gegebenheiten besonders anspruchsvoll war und für Aktionäre damit uninteressant, komplett außer Acht gelassen.

Im Dezember 1843 erhielt die Gesellschaft die Konzession für eine Linie von Deutz nach Minden über Düsseldorf, Duisburg, Essen, Dortmund, Hamm und Bielefeld. Durch die nahezu identischen Geländegegebenheiten gab es technisch kaum Probleme beim Bau. Lediglich die Wupperbrücke bei Reuschenberg stellt ein größeres Kunstbauwerk dar und wird auch heute noch von der Bahn genutzt. Die Trasse präsentierte sich als schnurgerade - nur im Raum Küppersteg und Rheindorf gab es jeweils einen ausgeprägten Links- und Rechtsbogen. Im Herbst 1845 konnten zwischen Deutz und Langenfeld erste Versuchsfahrten durchgeführt werden und im Dezember 1845 wurde die Gesamtstrecke dann in Betrieb genommen.

Durch die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Verlagerung der Verkehre von West-Ost nach Nord-Süd gab es einen erneuten Nachfrageschub, der auch erhebliche Verbesserungen mit sich brachte. So wurde bspw. 1959 der elektrische Betrieb zwischen Köln und Düsseldorf implementiert und kontinuierlich wuchsen die anzufahrenden Zwischenbahnhöfe wie Garath oder Langenfeld-Berghausen. Die S 6 stellte damit schon damals mit ihren zahlreichen Haltepunkten ein unverzichtbares Verkehrsangebot dar.

Aktuelle Infrastruktur und betriebliche Probleme

Auch wenn es zahlreiche Veränderungen, Um- und Ausbauten der Strecke gab, zeichnet sie sich noch heute durch ihre hohe und stetig wachsende Bedeutung aus. In Köln waren die Änderungen jedoch so umfangreich, dass von der alten CME-Trasse heute so gut wie nichts mehr zu erkennen ist. Erst in Stammheim schwenkt die Strecke Köln – Düsseldorf wieder auf ein.

Die Strecke zwischen Köln – Düsseldorf beinhaltet damit einige außergewöhnliche Umstände: Nicht nur, dass die Strecke einen hochverdichteten und stark besiedelten Raum verbindet, auch die stetig wachsende Zahl von Berufspendlern ist eine Herausforderung. Kapazitätsengpässe und Verkehrsstaus sind an der Tagesordnung. Nicht nur der Nahverkehr, auch der Fernverkehr nutzt mit IC, ICE, Thalys und HKX die Strecke. Nicht zu vergessen ist der Schienengüterverkehr.

Es wird deutlich, dass der RRX die Parameter stark verbessern wird und auch die Konkurrenzfähigkeit zum dominierenden Straßenverkehr ausgebaut werden kann.

Quelle: Markus Eßer, Nachrichtenblatt 1/16 (Nr. 121), Informationen zur Verkehrspolitik im Rheinland

#netzpolitikcamp – BarCamp auf Einladung der Landesregierung NRW

Bereits zum zweiten Mal folgten Fachleute, Nerds & leidenschaftliche Netzpolitiker dem Ruf der Landesregierung – dieses Mal im Dortmunder U-Turm.

Unter dem Titel ‚Freifunk in NRW‘ trafen die unterschiedlichsten Menschen der Gesellschaft aus Politik, kommunaler Verwaltung, Verbänden und Experten zum Thema zusammen. Sie alle wollten sich diese einmalige Gelegenheit des vielseitigen Dialogs und Kennenlernens nicht entgehen lassen, schließlich hat man dieses Kompetenzgemisch nicht alle Tage. Mittendrin auch Vertreter der #medienrunde, der Mitglieder des Ausschusses Kultur und Medien mit dem besonderen Schwerpunkt Netzpolitik.

Die Veranstaltung wurde in Form eines „BarCamps“ durchgeführt, eine besondere Form von Tagung bzw. Konferenz, die nur in groben Zügen vorgeplant ist. Am Anfang steht eine Pinnwand auf der Bühne, die in eine Räume – Zeitfenster- Matrix gegliedert wird. Nach der offiziellen Eröffnung durch StS Dr. Marc Jan Eumann als Gastgeber folgt eine allgemeine Begrüßungsrunde, bei der sich alle (!) Teilnehmenden vorstellen, indem sie sich mit drei Schlagworten selber beschreiben und sich per Hashtag für diesen Tag „branden“. Danach kann jeder Teilnehmende auf die Bühne kommen, einen eigenen Workshop oder eine Diskussion zum Oberthema ‚Freifunk in NRW‘ anbieten. Die thematische und zeitliche Einteilung wird dann anschließend gemeinsam im Plenum geclustert. So entsteht nach wenigen Minuten ein Kongressplan mit Workshops von immer jeweils einer Stunde Dauer. Von den Basics wie „was ist eigentlich Freifunk?“ über „kommunale Fördermöglichkeiten“ bis hin zu „erfolgreiche Freifunk-Projekte“ war die Thematik über eine große Bandbreite wunderbar abgedeckt, wohlgermerkt ohne Planung, alles in selbstverwalteter Echtzeitkooperation der Teilnehmenden.



- weiter auf der nächsten Seite -

Doch was hat es denn nun mit Freifunk auf sich? Freies Internet für alle? Umsatzeinbußen für Telekom und Co.? Nie wieder Mindestvertragslaufzeiten? Mitnichten. Denn Freifunk kann ohne Internetanschlüsse von Haushalten gar nicht existieren. Das Prinzip ist eigentlich einfach: Jeder WLAN-Router ist eine Art Wasserquelle. Um dieses „Wasser“ nutzen zu können, braucht man einen Zugang zur Quelle, den man durch einen meist vielstelligen Sicherheitsschlüssel auch bekommt. Doch im Kollektiv betrachtet ist dieser Ist-Zustand ineffektiv, denn es ist genug „Wasser“ da, um auch andere Menschen zu versorgen, doch die können ja all die „Quellen“ nicht direkt nutzen. Im Freifunk werden Router bevorzugt an hohen offenen Stellen wie zum Beispiel Häuserdächer montiert, welche in einem Freifunksystem direkt miteinander verbunden sind, im Fachjargon spricht man von „Meshing“. Ein großes Netzwerk entsteht, in Quellen beengtes Netzpotential kann sich vereinigen, komplett entfalten und Ausfälle einzelner Router kompensieren und auffangen. Auch können Datentransfers direkt durchgeführt werden.

Schnell wird klar, dass diese Idee nicht nur für private Haushalte, sondern auch für die öffentliche Hand und damit Kommunen interessant ist, können diese doch genauso von diesem freigesetzten Potenzial profitieren. Dass sich hierbei auch ein politisches Interesse an Unterstützungsmöglichkeiten entwickelt, geschenkt. Und genau hier hat die rot-grüne Landesregierung bereits konsequent gehandelt, in dem Freifunk-Vereinigungen - meist eingetragene Vereine und in lokalen Regionen aktiv – aus einem Fördertopf des Landes Nordrhein-Westfalen schöpfen können, und finanzielle Mittel für Montage und Beschaffung des benötigten Equipments beantragen können. Es tut sich also schon sehr viel im Land, wenn es um den Freifunk geht.

Auch die #medienrunde, die SPD-Abgeordneten Runde aus dem Ausschuss für Kultur & Medien rund um Lisa Steinmann, bot gemeinsam eine Session an, um die Angebote des Landes aufzuzeigen, sich der offenen Debatte zu stellen und Fragen & weitere Regelungsbedarfe aufzugreifen. Ein wertvoller Informationsaustausch und die ideale Plattform für die Fragen, die in anderen Sessions und/oder beim Netzwerken in den Pausengesprächen aufgeworfen worden waren:

Was passiert bei Missbrauch des Netzes durch Dritte, wenn diese z.B. illegale Downloads durchführen? - Wer haftet? - Wie schütze ich angeschlossene Hardware, wie einen Drucker vor fremder Nutzung? - Was passiert mit einem Freifunkverein, der die laufenden Kosten für das Equipment nicht mehr aufbringen kann? Denn der Fördertopf deckt diese Kosten nicht ab. - Welche gesetzlichen Vereinbarungen müssen noch getroffen werden, um die Idee zum Beispiel vor gewerblichem Missbrauch zu schützen?

Insgesamt wurde sehr deutlich: NRW ist auf dem richtigen Weg – mit klaren rotgrünen Bekenntnissen gegen Störerhaftung und für den Freifunk wird hier eine ausgewogene, aber zukunftsorientierte Politik geschrieben für eine digitalisierte Gesellschaft.



Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de